

Partizipation und Abstinenz

stellen, ob die Wahlabstinenten aus Protest der Wahl fernbleiben und insofern eine Unzufriedenheit mit dem politischen System oder Teilaspekten davon aufweisen oder ob ihre Wahlabstinenz weniger demokratiekritische Hintergründe hat.

Wenn die Vermutung zutrifft, dass die NichtwählerInnen aus Protest oder aus Frustration der Wahl fernbleiben, müsste unter den NichtwählerInnen mehr Unzufriedenheit mit der Demokratie festzustellen sein als bei den WählerInnen. Dies trifft jedoch nicht zu. Von den WählerInnen sind insgesamt 88,9 Prozent sehr oder eher zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, von den NichtwählerInnen 87,0 Prozent (Tab. 23). Dieser Unterschied ist nicht signifikant.

Da aber in der Gruppe der NichtwählerInnen fast die Hälfte bei den Wahlen verhindert war, könnte es durchaus sein, dass die andere Hälfte eine ausgeprägte Systemunzufriedenheit aufweist. Diese zweite Hälfte konzentriert sich in der Gruppe derjenigen, die nicht an den Wahlen teilgenommen haben und kein Interesse an der Politik haben. Es zeigt sich, dass auch in dieser Gruppe keine ausgeprägte Systemunzufriedenheit anzutreffen ist. 92 Prozent (N = 25) sind sehr zufrieden oder eher zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, und nur 8 Prozent (N = 2) sind eher unzufrieden. Trotz sehr kleiner Fallzahl kann daher bei den NichtwählerInnen eine Systemverdrossenheit ausgeschlossen werden. Die Verhältnisse unterscheiden sich damit ganz deutlich von den Verhältnissen in Deutschland, wo die Protesthaltung die wichtigste Ursache der Wahlabstinenz darstellt. Es gab somit zum Umfragezeitpunkt kein nennenswertes Potential an WählerInnen, die das politische System grundsätzlich in Frage stellen und die somit eine latente Bereitschaft aufweisen, entsprechende Parteien zu wählen.

Welche Partei leidet unter der Wahlabstinenz?

Wenn die Wahlbeteiligung in verschiedenen WählerInnen-Segmenten stark differiert und gleichzeitig die Parteien in den verschiedenen Segmenten unterschiedlich stark verankert sind, hat dies zweifellos Auswirkungen auf die Wahlchancen der verschiedenen Parteien. Wenn die Wahlbeteiligung bei den Älteren höher ist als bei den Jüngeren, verbessern sich die Chancen derjenigen Parteien, die im älteren Segment gut